Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2024/2026(DEC)

10.2.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 65

Entwurf eines Berichts
Joachim Stanisław Brudziński
(PE764.992v01-00)

Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Ausschuss der Regionen
(2024/2026(DEC))

Änderungsantrag 1
Virginie Joron, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass der Ausschuss der Regionen (im Folgenden „Ausschuss“) eine politische Versammlung ist, die aus 329 in den Regionen, Städten, Dörfern und Gemeinden der 27 Mitgliedstaaten der Union gewählten Mitgliedern besteht, als beratendes Gremium für die Organe der Union fungiert und einen Beitrag zur Politikgestaltung und Beschlussfassung der Union aus Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften leisten soll ***und gleichzeitig dazu beitragen soll, die Union effizienter und bürgernäher zu gestalten***;	B. in der Erwägung, dass der Ausschuss der Regionen (im Folgenden „Ausschuss“) eine politische Versammlung ist, die aus 329 in den Regionen, Städten, Dörfern und Gemeinden der 27 Mitgliedstaaten der Union gewählten Mitgliedern besteht, als beratendes Gremium für die Organe der Union fungiert und einen Beitrag zur Politikgestaltung und Beschlussfassung der Union aus Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften leisten soll;

Or. fr

Änderungsantrag 2
Csaba Molnár, Claudiu Manda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass die im Juli 2021 in Kraft getretene Verordnung (EU) 2021/1060[2]über die Kohäsionspolitik der Union und deren Finanzierung zwischen 2021 und 2027 Verweise auf das Partnerschaftsprinzip und den Grundsatz der Multi-Level-Governance enthält, die vom Ausschuss und vom Parlament unterstützt werden und die Einbeziehung der Regionen enthalten;	H. in der Erwägung, dass die im Juli 2021 in Kraft getretene Verordnung (EU) 2021/1060[2] über die Kohäsionspolitik der Union und deren Finanzierung zwischen 2021 und 2027 Verweise auf das Partnerschaftsprinzip und den Grundsatz der Multi-Level-Governance enthält, die vom Ausschuss und vom Parlament unterstützt werden und die Einbeziehung der Regionen ***und ihrer lokalen und regionalen Gebietskörperschaften*** enthalten; ***unterstützt nachdrücklich die Aufstockung der EU-Investitionen im Zusammenhang mit der regionalen und***

	lokalen Resilienz im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR);
[2] Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/2024-06-30***?locale=de***).	[2] Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/2024-06-30).
	Or. en

Änderungsantrag 3
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass über die mehr als 400 nationalen und regionalen Programme zur Umsetzung der Kohäsionspolitik der Union im Programmplanungszeitraum 2021-2027 rund 380 Mrd. EUR aus verschiedenen Fonds bereitgestellt werden, um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die Regionen ***und Städte*** der Union konfrontiert sind;	I. in der Erwägung, dass über die mehr als 400 nationalen und regionalen Programme zur Umsetzung der Kohäsionspolitik der Union im Programmplanungszeitraum 2021-2027 rund 380 Mrd. EUR aus verschiedenen Fonds bereitgestellt werden, um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die Regionen***, Städte, Dörfer und Gemeinden*** der Union konfrontiert sind;
	Or. en

Änderungsantrag 4
Caterina Chinnici

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. stellt fest, dass der Rechnungshof in seinem Bericht im Hinblick auf eine durch den Ausschuss im Jahr 2023 durchgeführte Transaktion die Ansicht geäußert hat, dass die zehnjährige Dauer eines Vertrags zur Gebäudeunterhaltung nicht ausreichend begründet war;	4. stellt ***mit Bedauern*** fest, dass der Rechnungshof in seinem Bericht im Hinblick auf eine durch den Ausschuss im Jahr 2023 durchgeführte Transaktion die Ansicht geäußert hat, dass die zehnjährige Dauer eines Vertrags zur Gebäudeunterhaltung nicht ausreichend begründet war;

Or. en

Änderungsantrag 5
Virginie Joron, Tamás Deutsch, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ***nimmt*** bei den Zahlungen für Mitglieder des Ausschusses eine Zunahme von ungefähr 20 %, von 6 573 307 im Jahr 2022 auf 7 955 968 EUR im Jahr 2023***, zur Kenntnis***, darunter Zahlungen für Reisekosten (8 119 Zahlungen), Vergütungen für Reisetage (4 449 Zahlungen), Vergütungen für die persönliche Teilnahme an Sitzungen (7 845 Zahlungen) und für die Fernteilnahme (152 Zahlungen);	7. ***bedauert, dass es*** bei den Zahlungen für Mitglieder des Ausschusses eine Zunahme von ungefähr 20 %, von 6 573 307 im Jahr 2022 auf 7 955 968 EUR im Jahr 2023 ***gegeben hat***, darunter Zahlungen für Reisekosten (8 119 Zahlungen), Vergütungen für Reisetage (4 449 Zahlungen), Vergütungen für die persönliche Teilnahme an Sitzungen (7 845 Zahlungen) und für die Fernteilnahme (152 Zahlungen);

Or. fr

Änderungsantrag 6
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass die ***Haushaltsmittel*** für Dienstreisen (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) mit 420 833 EUR im Jahr 2023 (im Vergleich zu 419 657 EUR im Jahr 2022) und einer Ausführungsquote von ungefähr 80 % im Jahr 2023 (ähnlich wie 2022) stabil geblieben sind; stellt fest, dass die Haushaltsmittel des Ausschusses ***für Dienstreisen*** trotz des Anstiegs der Durchschnittskosten ***für*** Unterbringungs- und Reisekosten stabil geblieben sind, da die Anzahl der im Jahr 2023 durchgeführten Dienstreisen im Vergleich zu 2022 um 13 % verringert wurde;	8. stellt fest, dass die für Dienstreisen ***vorgesehenen Haushaltsmittel*** (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) mit ***einer Höhe von*** 420 833 EUR im Jahr 2023 (im Vergleich zu 419 657 EUR im Jahr 2022) und einer Ausführungsquote von ungefähr 80 % im Jahr 2023 (ähnlich wie 2022) stabil geblieben sind; stellt fest, dass die ***für Dienstreisen vorgesehenen*** Haushaltsmittel des Ausschusses trotz des Anstiegs der Durchschnittskosten ***bei den*** Unterbringungs- und Reisekosten stabil geblieben sind, da die Anzahl der im Jahr 2023 durchgeführten Dienstreisen im Vergleich zu 2022 um 13 % verringert wurde; ***begrüßt, dass die aus dem Gesamthaushalt für Ausgaben der Mitglieder finanzierte Vergütung für die Reise- und Sitzungskosten der Präsidentschaft (Präsident und erster Vizepräsident) des Ausschusses der Regionen zwischen 2022 und 2023 von 71 810 EUR auf 62 268 EUR gesunken ist, was einem Rückgang um 13 % entspricht; fordert den Ausschuss auf, die Ausgaben in diesem Bereich weiter zu rationalisieren und zu verringern, damit die Mittel im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung optimal zugewiesen werden;***

Or. en

Änderungsantrag 7
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. nimmt ***einen Anstieg der*** Mittel des	9. nimmt ***mit Besorgnis zur Kenntnis,***

laufenden Haushaltsjahres für ***Dolmetschdienstleistungen von*** ungefähr 19 % ***zur Kenntnis***, von 3,494 Mio. EUR im Jahr 2022 auf 4,167 Mio. EUR im Jahr 2023; fordert den Ausschuss ***angesichts der Tatsache, dass der Ausschuss zugleich Einsparungen in Verbindung mit dem Einsatz vom Ferndolmetschen*** im Jahr 2023 ***gemeldet hat, auf, die Gründe für diesen Anstieg zu erläutern***;

dass die Mittel des laufenden Haushaltsjahres für ***Dolmetschleistungen um*** ungefähr 19 % ***gestiegen sind***, ***und zwar*** von 3,494 Mio. EUR im Jahr 2022 auf 4,167 Mio. EUR im Jahr 2023; fordert den Ausschuss ***auf, die Gründe für diesen Anstieg zu erläutern, zumal er*** im Jahr 2023 ***zugleich Einsparungen in Verbindung mit dem Ferndolmetschen gemeldet hat***;

Or. en

Änderungsantrag 8
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. stellt fest, dass ***die*** bis zum 23. Juli 2023 ***durch den Ausschuss an seine Mitglieder, deren Stellvertreter sowie die Experten und Redner der Berichterstatter, die*** zur Teilnahme an Videokonferenzen oder ***Hybrid-Sitzungen eingeladen wurden, gezahlte Pauschalvergütung für Sitzungen per Videokonferenz*** bei 200 EUR lag; stellt zudem fest, dass an diesem ***Datum*** diesbezüglich neue Vorschriften in Kraft traten, ***durch die*** die Pauschalvergütung für ***Sitzungen per Videokonferenz*** auf 50 % der normalen Sitzungsvergütung festgelegt wurde, wobei ***letztere sich*** auf 359 EUR und erstere auf 179,50 EUR beläuft; nimmt in diesem Zusammenhang ***eine erhebliche Abnahme des*** insgesamt für die Vergütung von ***Sitzungen per Videokonferenz gezahlten Betrags*** von 1 742 000 EUR im Jahr 2021 und 489 600 EUR im Jahr 2022 auf 32 632 EUR im Jahr 2023 ***zur Kenntnis***, während die Gesamtausgaben in Verbindung mit der Haushaltslinie 1004 („Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten“) von ungefähr 6,6 Mio. EUR im Jahr 2022 auf	10. stellt fest, dass bis zum 23. Juli 2023 ***die Pauschalvergütung für Videokonferenzsitzungen, die der Ausschuss seinen Mitglieder, deren Stellvertretern sowie den*** zur Teilnahme an Videokonferenzen oder ***Hybridsitzungen eingeladenen Sachverständigen und Rednern der Berichterstatter gezahlt hat,*** bei 200 EUR lag; stellt zudem fest, dass an diesem ***Tag*** diesbezüglich neue Vorschriften in Kraft traten, ***mit denen*** die Pauschalvergütung für ***Videokonferenzsitzungen*** auf 50 % der normalen Sitzungsvergütung festgelegt wurde, wobei ***sich die letztere*** auf 359 EUR und ***die*** erstere auf 179,50 EUR beläuft; ***ist der Ansicht, dass die Gewährung einer Zulage für die Fernteilnahme an Sitzungen – obwohl die Fernteilnahme ein wichtiges Instrument für moderne Institutionen ist, zumal dadurch unter anderem Sitzungskosten gesenkt werden und eine breitere Teilnahme ermöglicht wird – für die Öffentlichkeit schwer nachzuvollziehen ist, selbst wenn die Zulage reduziert und nur für bestimmte Arten von***

ungefähr 8 Mio. EUR im Jahr 2023 erheblich ***angestiegen*** sind, insbesondere ***aufgrund einer starken Rückkehr zu persönlichen Sitzungen*** im Jahr 2023 ***und des Anstiegs von*** Reisekosten nach der COVID-19-Pandemie;

Veranstaltungen gezahlt wird, und umso mehr dann, wenn der Unterschied gegenüber dem den Mitgliedern des Ausschusses für die Fernteilnahme gezahlten Betrag in Betracht gezogen wird; nimmt in diesem Zusammenhang ***zur Kenntnis, dass der*** insgesamt für die Vergütung von ***Videokonferenzsitzungen gezahlte Betrag*** von 1 742 000 EUR im Jahr 2021 und 489 600 EUR im Jahr 2022 auf 32 632 EUR im Jahr 2023 ***erheblich zurückgegangen ist***, während die Gesamtausgaben in Verbindung mit der Haushaltslinie 1004 („Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten“) von ungefähr 6,6 Mio. EUR im Jahr 2022 auf ungefähr 8 Mio. EUR im Jahr 2023 erheblich ***gestiegen*** sind, insbesondere ***da in verstärktem Maße*** im Jahr 2023 ***wieder Präsenzsitzungen stattfanden und die*** Reisekosten nach der COVID-19-Pandemie ***gestiegen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 9
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. ist besorgt darüber, dass die den Mitgliedern des Ausschusses gezahlten Reise- und Sitzungsvergütungen von 6,6 Mio. EUR im Jahr 2022 auf 8 Mio. EUR im Jahr 2023 erheblich gestiegen sind; fordert den Ausschuss auf, eine klare Kosteneffizienzstrategie für Reisekosten anzunehmen, wozu auch eine stärkere Nutzung der Fernteilnahme und eine größere Anzahl von Hybridsitzungen gehören, um unnötige Kosten zu senken und unnötige Emissionen zu verringern und gleichzeitig das politische

Engagement aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 10
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die Union, ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität achten, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 11
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. fordert den Ausschuss auf, stets die Gleichheit der Mitgliedstaaten zu achten, ihnen Gleichbehandlung angedeihen zu lassen sowie ihre Souveränität und ihre jeweilige nationale Identität zu achten, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 12
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die Berichterstattung über die Leistung des Ausschusses im Rahmen seines operativen Jahresprogramms für das Jahr 2023 auf 25 Zielen basierte, deren Erreichen mittels 80 quantitativer Indikatoren bewertet wurde, wobei die Ziele bei den meisten dieser Indikatoren (ungefähr 75 %) mit einem Niveau von 90 % oder höher erreicht wurden;	12. stellt fest, dass ***der Ausschuss in der Union eine grundlegende Rolle dabei spielt, zur Politikgestaltung und Entscheidungsfindung der Union beizutragen, indem er die Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vertritt; stellt fest, dass*** die Berichterstattung über die Leistung des Ausschusses im Rahmen seines operativen Jahresprogramms für das Jahr 2023 auf 25 Zielen basierte, deren Erreichen mittels 80 quantitativer Indikatoren bewertet wurde, wobei die Ziele bei den meisten dieser Indikatoren (ungefähr 75 %) mit einem Niveau von 90 % oder höher erreicht wurden;

Or. en

Änderungsantrag 13
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. weist erneut darauf hin, dass der Ausschuss den Standpunkt der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Union in die Politikgestaltung und Entscheidungsfindung auf Unionsebene einbringt und einen Rahmen bietet, in dem die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene und der EU-Ebene verbessert und die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht

wird; bedauert, dass der Ausschuss infolge von Haushaltsbeschränkungen daran gehindert wurde, sein Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern die Union näherzubringen, vollständig zu verwirklichen, wodurch der Mehrwert des Ausschusses geringer geworden ist;

Or. en

Änderungsantrag 14
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach es das Ziel der EU und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen ist, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 15
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. unterstützt den Ausschuss in seinen Bemühungen, mehr territoriale Folgenabschätzungen durchführen zu lassen, was auch im Einklang mit dem Abschlussbericht und den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas steht, zumal der Ausschuss eine wichtige Rolle dabei spielt, die demokratische Legitimität

der Rechtsvorschriften der Union durch tatkräftige Koordinierung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 16
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. fordert den Ausschuss auf, sich unter Einsatz all seiner verfügbaren Maßnahmen und Mittel uneingeschränkt dafür einzusetzen und seine Bemühungen vollständig darauf zu richten, für den Frieden einzutreten und den Krieg in der Ukraine so bald wie möglich zu beenden sowie den Frieden zu erhalten und die Sicherheit in Europa zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 17
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***lobt den Ausschuss für seine*** politischen Erfolge in seinen zentralen Schwerpunktbereichen im Jahr 2023; stellt fest, dass der Ausschuss seiner Aufgabe mittels Stellungnahmen, die sich auf ***Legislativvorschläge*** der Kommission beziehen (Befassungen), mittels Initiativstellungnahmen, in denen die Organe der Union zum Handeln aufgefordert werden, sowie mittels Entschließungen verfolgt, in denen die	13. ***würdigt die*** politischen Erfolge ***des Ausschusses*** in seinen zentralen Schwerpunktbereichen im Jahr 2023; stellt fest, dass der Ausschuss seiner Aufgabe mittels Stellungnahmen, die sich auf ***Gesetzgebungsvorschläge*** der Kommission beziehen (Befassungen), mittels Initiativstellungnahmen, in denen die Organe der Union zum Handeln aufgefordert werden, sowie mittels Entschließungen verfolgt, in denen die

Standpunkte des Ausschusses zu bestimmten Themen hervorgehoben werden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 53 Stellungnahmen und sechs Entschließungen angenommen hat, was im Vergleich zu 55 Stellungnahmen und acht Entschließungen im Jahr 2022 einen Rückgang darstellt;	Standpunkte des Ausschusses zu bestimmten Themen hervorgehoben werden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 53 Stellungnahmen und sechs Entschließungen angenommen hat, was im Vergleich zu 55 Stellungnahmen und acht Entschließungen im Jahr 2022 einen Rückgang darstellt***, obgleich ihm mehr Mittel zugewiesen wurden und sein Personal aufgestockt wurde***;

Or. en

Änderungsantrag 18
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert den Ausschuss auf, weiter an der Verbesserung der Leistung und der Wirksamkeit zu arbeiten; begrüßt die Bemühungen des Ausschusses, Reformen und Innovationen einzuführen, die Verwaltung zu straffen und keine Überschneidungen der Aufgaben mit anderen Gremien entstehen zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 19
Virginie Joron, Tamás Deutsch, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert, dass das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments über seine Anwendung eCommittee den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Öffentlichkeit im Rahmen von Debatten

und Abstimmungen die Berichte des Ausschusses zur Verfügung stellt;

Or. fr

Änderungsantrag 20
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. würdigt die Auswirkungen der Arbeit des Ausschusses, insbesondere seiner Stellungnahmen, von denen einige in Entschließungen, Stellungnahmen, Vorschlägen, Berichten, Analysen, Schlussfolgerungen oder Trilogen der Kommission, des Parlaments oder des Rates im 2023 Berücksichtigung fanden; fordert den Ausschuss auf, diesen Weg fortzusetzen, nützliche und relevante Beiträge, wie Daten aus der Praxis und Analysen, für Organe der Union und andere Begünstigte der Unionspolitik bereitzustellen; begrüßt das stärkere Engagement des Ausschusses entlang des gesamten politischen und legislativen Zyklus der Union durch Kooperationsabkommen und Aktionspläne mit der Kommission, dem Parlament und der Europäischen Investitionsbank; stellt fest, dass sich Mitglieder des Ausschusses im Jahr 2023 auch mit dem Rat und den ständigen Vertretungen getroffen ***haben*** und an ***den*** vom Ratsvorsitz organisierten Veranstaltungen teilgenommen haben, ***um sicherzustellen, dass*** die Stellungnahmen des Ausschusses in den Rechtsvorschriften der Union berücksichtigt werden; beglückwünscht den Ausschuss dazu, seine Beteiligung an Gesetzgebungstrilogen insbesondere durch das erstmalige Erlangen des Zugangs zu Trilogdokumenten im Jahr 2023 gestärkt zu haben;	16. würdigt die Auswirkungen der Arbeit des Ausschusses, insbesondere seiner Stellungnahmen, von denen einige in Entschließungen, Stellungnahmen, Vorschlägen, Berichten, Analysen, Schlussfolgerungen oder Trilogen der Kommission, des Parlaments oder des Rates im 2023 Berücksichtigung fanden; fordert den Ausschuss auf, diesen Weg fortzusetzen, nützliche und relevante Beiträge, wie Daten aus der Praxis und Analysen, für Organe der Union und andere Begünstigte der Unionspolitik bereitzustellen; begrüßt das stärkere Engagement des Ausschusses entlang des gesamten politischen und legislativen Zyklus der Union durch Kooperationsabkommen und Aktionspläne mit der Kommission, dem Parlament und der Europäischen Investitionsbank; ***vertritt die Auffassung, dass Mitglieder des AdR und des EWSA zu einschlägigen parlamentarischen Sitzungen über Themen in ihrem Zuständigkeitsbereich eingeladen werden sollten;*** stellt fest, dass sich Mitglieder des Ausschusses im Jahr 2023 auch mit dem Rat und den ständigen Vertretungen getroffen und an vom Ratsvorsitz organisierten Veranstaltungen teilgenommen haben, ***damit*** die Stellungnahmen des Ausschusses in den Rechtsvorschriften der Union berücksichtigt werden; beglückwünscht den Ausschuss dazu, seine Beteiligung an Gesetzgebungstrilogen insbesondere durch

das erstmalige Erlangen des Zugangs zu Trilogdokumenten im Jahr 2023 gestärkt zu haben;

Or. en

Änderungsantrag 21
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert den Ausschuss auf, für eine stärkere Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in die Beschlussfassung der EU zu sorgen, indem vor der Abgabe von Stellungnahmen Verfahren für die strukturierte Konsultation der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften geschaffen werden und dabei auch die entsprechenden Parlamente sowie die Gemeinden und vor Ort tätige Organisationen der Zivilgesellschaft einbezogen werden; fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, sich für ein obligatorisches Konsultationsverfahren zu legislativen Angelegenheiten einzusetzen, die erhebliche Auswirkungen auf die regionale Entwicklung und die Kohäsionspolitik haben;

Or. en

Änderungsantrag 22
Caterina Chinnici

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	16a. stellt fest, dass im Jahr 2023 Bewertungen der Konformität und der Wirksamkeit im Hinblick darauf durchgeführt wurden, inwieweit der Ausschuss bestimmte Normen der internen Kontrolle eingehalten hat und inwieweit deren Umsetzung wirksam war; stellt fest, dass laut den Bewertungen die Anforderungen der ausgewählten Normen der internen Kontrolle im Vergleich zu 2022 besser und wirksamer umgesetzt wurden; legt dem Ausschuss nahe, seine Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Einhaltung und der Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen der internen Kontrolle fortzusetzen;
	Or. en

Änderungsantrag 23
Caterina Chinnici

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt im Hinblick auf seinen neuen Rahmen für die interne Kontrolle fest, dass der Ausschuss eine neue Methode für Ex-post-Kontrollen ***angewandt hat***, wobei der Schwerpunkt im Jahr 2023 auf dem Grundgehalt und der geleisteten Arbeitszeit lag und 55 Dossiers überprüft wurden; stellt ***ferner*** fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 ***seine Konformitäts- und Effizienzprüfungen erneut durchgeführt hat, um zu bewerten***, inwieweit der Ausschuss bestimmte ***interne Kontrollstandards einhält, und um die Wirksamkeit*** deren Umsetzung ***zu bewerten; stellt lobend fest***, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit eine Verbesserung im Vergleich zu den Ergebnissen der Prüfung 2022 gemeldet hat; stellt im Hinblick auf die neue Politik der „sensiblen Dienstposten“ mit	17. stellt im Hinblick auf seinen neuen Rahmen für die interne Kontrolle fest, dass der Ausschuss ***seit 2023*** eine neue Methode für Ex-post-Kontrollen ***anwendet, mit der sein Ansatz an die Praxis der anderen EU-Organe angepasst werden soll***, wobei ***anstelle der vorherigen dezentralen Praxis die Ex-post-Kontrollen nun zentral durchgeführt werden; stellt fest, dass*** der Schwerpunkt ***der Ex-post-Kontrollen*** im Jahr 2023 auf dem Grundgehalt und der geleisteten Arbeitszeit lag und 55 Dossiers überprüft wurden ***und dass die statistische Schätzung der Fehlerquote, die sich auf die Referenzpopulation auswirkte, 0 % betrug***; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 ***erneut Bewertungen der Konformität und der Wirksamkeit im Hinblick darauf durchgeführt hat***,

Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 ein Screening durchgeführt hat, um das ***Risikoniveau*** jeder Position ***zu ermitteln und dadurch das Niveau ihrer Sensibilität, sowie*** die zur Minderung dieser Risiken erforderlichen Maßnahmen;	inwieweit der Ausschuss bestimmte ***Normen der internen Kontrolle eingehalten hat und inwieweit*** deren Umsetzung ***wirksam war; würdigt***, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit eine Verbesserung im Vergleich zu den Ergebnissen der Prüfung 2022 gemeldet hat; stellt im Hinblick auf die neue Politik der „sensiblen Dienstposten“ mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 ein Screening durchgeführt hat, um das ***Risiko- und Sensibilitätsniveau*** jeder Position ***und*** die zur Minderung dieser Risiken erforderlichen Maßnahmen ***zu ermitteln***;

Or. en

Änderungsantrag 24
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. stellt fest, dass der Ausschuss Ende 2023 insgesamt 559 Bedienstete (ohne abgeordnete nationale Sachverständige, Leiharbeitskräfte, Intra-Muros-Beschäftigte und Praktikanten) beschäftigte, während es im Jahr 2022 533 Bedienstete waren; stellt fest, dass der Ausschuss Ende 2023 74 Vertragsbedienstete im Vergleich zu 56 Vertragsbediensteten im Jahr 2022 und 96 Bedienstete auf Zeit im Vergleich zu 89 Bediensteten auf Zeit im Jahr 2022 beschäftigte, wobei 21 Vertragsbedienstete einen unbefristeten Vertrag hatten, 53 Vertragsbedienstete einen befristeten Vertrag, 53 Bedienstete auf Zeit Dauerplanstellen mit einem befristeten Vertrag und 50 Bedienstete auf Zeit einen unbefristeten Vertrag hatten und 3 Bedienstete auf Zeit einen befristeten Dienstposten besetzten (in zwei Fällen mit einem unbefristeten Vertrag und im Fall	19. stellt fest, dass der Ausschuss Ende 2023 insgesamt 559 Bedienstete (ohne abgeordnete nationale Sachverständige, Leiharbeitskräfte, Intra-Muros-Beschäftigte und Praktikanten) beschäftigte, während es im Jahr 2022 533 Bedienstete waren; stellt fest, dass der Ausschuss Ende 2023 74 Vertragsbedienstete im Vergleich zu 56 Vertragsbediensteten im Jahr 2022 und 96 Bedienstete auf Zeit im Vergleich zu 89 Bediensteten auf Zeit im Jahr 2022 beschäftigte, wobei 21 Vertragsbedienstete einen unbefristeten Vertrag hatten, 53 Vertragsbedienstete einen befristeten Vertrag, 53 Bedienstete auf Zeit Dauerplanstellen mit einem befristeten Vertrag ***innehatten*** und 50 Bedienstete auf Zeit einen unbefristeten Vertrag hatten und 3 Bedienstete auf Zeit einen befristeten Dienstposten besetzten (in zwei Fällen mit einem unbefristeten Vertrag und im Fall

des Generalsekretärs für eine festgelegte Dauer von fünf Jahren); stellt ferner fest, dass der Ausschuss fünf Leiharbeitskräfte und 12 externe Bedienstete beschäftigte, die – mit Ausnahme externer Dienstleister in den Bereichen Logistik und IT – vor Ort tätig waren; stellt fest, dass die ***Stellenbesetzungsrate*** der im Stellenplan vorgesehenen Stellen im Jahr 2023 bei 98 % lag (Steigerung im Vergleich zu 96 % im Jahr 2022) und dass die ***Fluktuationsrate entsprechend*** bei 6,6 % lag (***Abnahme*** im Vergleich zu 10,80 % im Jahr 2022);	des Generalsekretärs für eine festgelegte Dauer von fünf Jahren); stellt ferner fest, dass der Ausschuss fünf Leiharbeitskräfte und 12 externe Bedienstete beschäftigte, die – mit Ausnahme externer Dienstleister in den Bereichen Logistik und IT – vor Ort tätig waren; ***verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass es für die Personalaufstockung eine nachvollziehbare Begründung gibt;*** stellt fest, dass die ***Stellenbesetzungsquote*** der im Stellenplan vorgesehenen Stellen im Jahr 2023 bei 98 % lag (***eine*** Steigerung im Vergleich zu 96 % im Jahr 2022) und dass die ***Fluktuation*** bei 6,6 % lag (***ein Rückgang*** im Vergleich zu 10,80 % im Jahr 2022);
	Or. en

Änderungsantrag 25
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Solidarität zwischen den Generationen und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern sollen;
	Or. en

Änderungsantrag 26
Virginie Joron, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt zur Kenntnis, dass der	20. nimmt zur Kenntnis, dass der

Ausschuss zunehmend ***von Vertragsbediensteten und Bediensteten*** auf Zeit ***abhängig ist*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***nimmt aus*** dem Fragebogen ***zur Kenntnis***, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***auf das Fehlen der*** EPSO-Reserveliste für allgemeine ***Verwaltungsfachkräfte seit 2018 zurückzuführen ist***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***durch die mangelnde Attraktivität der*** angebotenen befristeten Verträge ***bedroht ist; unterstützt den Ausschuss in seinem Bestreben, auf diese Herausforderungen zum Beispiel durch das Organisieren interner Auswahlverfahren zu reagieren***; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über ***solche*** im Jahr 2024 ***organisierten*** Auswahlverfahren Bericht zu erstatten;

Ausschuss zunehmend ***auf Vertragsbedienstete und Bedienstete*** auf Zeit ***zurückgreift*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***entnimmt*** dem Fragebogen, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***darauf zurückzuführen ist, dass es seit 2018 keine*** EPSO-Reserveliste für allgemeine ***Verwaltungskräfte gibt***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***gefährdet sind, weil die*** angebotenen befristeten Verträge ***nicht attraktiv sind***; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über ***die*** im Jahr 2024 ***für Vertragsbedienstete, Bedienstete auf Zeit und Beamte durchgeführten*** Auswahlverfahren Bericht zu erstatten;

Or. fr

Änderungsantrag 27
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt zur Kenntnis, dass der Ausschuss zunehmend ***von Vertragsbediensteten und Bediensteten*** auf Zeit ***abhängig ist*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***nimmt aus*** dem Fragebogen ***zur Kenntnis***, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***auf das Fehlen der EPSO-Reserveliste für allgemeine Verwaltungsfachkräfte seit 2018 zurückzuführen ist***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***durch die mangelnde Attraktivität der*** angebotenen befristeten Verträge ***bedroht ist***; unterstützt den Ausschuss in seinem Bestreben, auf diese	20. nimmt zur Kenntnis, dass der Ausschuss zunehmend ***auf Vertragsbedienstete und Bedienstete*** auf Zeit ***zurückgreift*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***entnimmt*** dem Fragebogen, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***darauf zurückzuführen ist, dass es seit 2018 keine EPSO-Reserveliste für allgemeine Verwaltungskräfte gibt***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***gefährdet sind, weil die*** angebotenen befristeten Verträge ***nicht attraktiv sind; erachtet es als sehr wichtig, dass die festangestellten***

Herausforderungen zum Beispiel durch ***das Organisieren*** interner Auswahlverfahren zu reagieren; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über solche im Jahr 2024 organisierten Auswahlverfahren Bericht zu erstatten;	***Bediensteten ihre Kompetenzen aufrechterhalten, für Kontinuität gesorgt ist und weiter ein produktives Arbeitsumfeld herrscht***; unterstützt den Ausschuss in seinem Bestreben, auf diese Herausforderungen zum Beispiel durch ***die Organisation*** interner Auswahlverfahren zu reagieren; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über solche im Jahr 2024 organisierten Auswahlverfahren Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 28
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt zur Kenntnis, dass der Ausschuss zunehmend ***von Vertragsbediensteten und Bediensteten*** auf Zeit ***abhängig ist*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***nimmt aus*** dem Fragebogen ***zur Kenntnis***, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***auf das Fehlen der*** EPSO-Reserveliste für allgemeine ***Verwaltungsfachkräfte seit 2018 zurückzuführen ist***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***durch die mangelnde Attraktivität der angebotenen befristeten Verträge bedroht ist***; unterstützt den Ausschuss in seinem Bestreben, auf diese Herausforderungen ***zum Beispiel durch das Organisieren interner Auswahlverfahren*** zu reagieren; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über solche im Jahr 2024 organisierten Auswahlverfahren Bericht zu erstatten;	20. nimmt zur Kenntnis, dass der Ausschuss zunehmend ***auf Vertragsbedienstete und Bedienstete*** auf Zeit ***zurückgreift*** (die bis zu 26 % des Personals des Ausschusses ausmachen); ***entnimmt*** dem Fragebogen, dass diese Abhängigkeit insbesondere ***darauf zurückzuführen ist, dass es seit 2018 keine*** EPSO-Reserveliste für allgemeine ***Verwaltungskräfte gibt***; ist besorgt darüber, dass die langfristige Stabilität und die Aufrechterhaltung des Betriebs des Ausschusses ***gefährdet sind, weil die angebotenen befristeten Verträge nicht attraktiv sind; stellt fest, dass der Ausschuss 2024 ein internes Auswahlverfahren für allgemeine Verwaltungskräfte in fünf Besoldungsgruppen (AST/SC1, AST1, AST3, AD5 und AD7) organisiert hat***; unterstützt den Ausschuss in seinem Bestreben, auf diese Herausforderungen zu reagieren; fordert den Ausschuss auf, der Entlastungsbehörde über solche im Jahr 2024 organisierten Auswahlverfahren

Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 29
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. stellt fest, dass der Ausschuss Ende 2023 zu 56,9 % Frauen und zu 43,1 % Männer beschäftigte; empfiehlt Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusivität bei Stellenausschreibungen und zur Förderung eines größeren Anteils von Frauen in höheren und mittleren Führungspositionen einschließlich einer ausgewogenen Vertretung in den Prüfungsausschüssen, gezielte Schulungsmöglichkeiten für weibliche Bedienstete, die Führungspositionen anstreben, und die Förderung flexiblerer Arbeitsregelungen;

Or. en

Änderungsantrag 30
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. bedauert, dass in den Führungspositionen des Ausschusses noch keine Geschlechterparität erreicht wurde; fordert den Ausschuss auf, verbindliche Ziele für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der höheren Führungsebene festzulegen und die Mitgliedstaaten zu verpflichten, für

Ernennungen im Ausschuss sowohl einen Kandidaten als auch eine Kandidatin zu benennen, um die ausgewogene Vertretung der Geschlechter auf allen Ebenen zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 31
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. begrüßt, dass der Ausschuss am 7. Juli 2022 eine neue Strategie und einen neuen Aktionsplan für Vielfalt und Inklusion mit einer Laufzeit von fünf Jahren für den Zeitraum 2022-2026 angenommen hat; stellt fest, dass in diesem Rahmen erhebliche Fortschritte erzielt wurden, darunter auch ein deutlicher Anstieg des Frauenanteils in höheren Führungspositionen von 37,5 % im Jahr 2022 auf 44,4 % im Jahr 2023; fordert den Ausschuss auf, seine Bemühungen fortzusetzen, und befürwortet das Endziel, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 32
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. stellt fest, dass der Ausschuss als Ergebnis eines Pilotprojekts zur hybriden Arbeitsregelung und einer im Jahr 2022	21. stellt fest, dass der Ausschuss als Ergebnis eines Pilotprojekts zur hybriden Arbeitsregelung und einer im Jahr 2022

eingeleiteten Umfrage zur Zufriedenheit des Personals am 1. Januar 2024 einen Beschluss erlassen hat, ***in dem*** eine hybride Arbeitsregelung und ***ein personalisierter wöchentlicher*** Arbeitsplan für jede Arbeitskraft ***bereitgestellt wird,*** sowie die Möglichkeit, ***für*** bis zu 60 % der Arbeitszeit des Personals von zu Hause aus zu arbeiten (mit Ausnahme von Personalkategorien, die mit Telearbeit nicht vereinbar sind) und ***für*** bis zu 15 Tage pro Jahr außerhalb ***der Stadt*** zu arbeiten***, in der sie beschäftigt sind***;

eingeleiteten Umfrage zur Zufriedenheit des Personals am 1. Januar 2024 einen Beschluss erlassen hat, ***der*** eine hybride Arbeitsregelung und ***einen personalisierten wöchentlichen*** Arbeitsplan für jede Arbeitskraft sowie die Möglichkeit ***vorsieht***, bis zu 60 % der Arbeitszeit des Personals von zu Hause aus zu arbeiten (mit Ausnahme von Personalkategorien, die mit Telearbeit nicht vereinbar sind) und bis zu 15 Tage pro Jahr außerhalb ***des Dienstorts*** zu arbeiten***; stellt fest, dass mit diesen Maßnahmen die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben verbessert und gleichzeitig die operative Effizienz und die Zufriedenheit des Personals gewahrt werden soll***;

Or. en

Änderungsantrag 33
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. ***stellt fest, dass 2023 18*** Fälle von Burnout ***im Ausschuss*** gemeldet wurden ***(im Vergleich zu*** 16 Fällen im Jahr 2022***)***; stellt ferner fest, dass es dem Ausschuss gelungen ist, im Jahr 2023 16 Bedienstete nach einer durch ***eine Burnout-Erkrankung*** bedingten langfristigen Abwesenheit wiedereinzugliedern, und zwar durch eine personalisierte Nachbetreuung nach langfristigem Krankenstand; begrüßt die vom Ausschuss ergriffenen Präventionsmaßnahmen zur Verringerung von psychosozialen Risiken und Burnout; würdigt in diesem Zusammenhang den ***proaktiven*** Ansatz des ***medizinischen*** Dienstes sowie die vom Ausschuss organisierten Sensibilisierungskonferenzen, Schulungen	23. ***ist zutiefst besorgt darüber, dass 2023 im Ausschuss 18*** Fälle von Burnout gemeldet wurden***, was einem Anstieg gegenüber*** 16 Fällen im Jahr 2022 ***entspricht; hebt hervor, dass sich ein Burnout im sozialen und dienstlichen Umfeld in erheblichem Ausmaß auf das Wohlbefinden und die Leistung des Personals auswirkt***; stellt ferner fest, dass es dem Ausschuss gelungen ist, im Jahr 2023 16 Bedienstete nach einer durch ***einen Burnout*** bedingten langfristigen Abwesenheit wiedereinzugliedern, und zwar durch eine personalisierte Nachbetreuung nach langfristigem Krankenstand; begrüßt die vom Ausschuss ergriffenen Präventionsmaßnahmen zur Verringerung von psychosozialen Risiken und Burnout; würdigt in diesem

und Kurse;	Zusammenhang den ***vorausschauenden*** Ansatz des ***Ärztlichen*** Dienstes sowie die vom Ausschuss organisierten Sensibilisierungskonferenzen, Schulungen und Kurse; ***betont jedoch, dass die Bemühungen, die Ursachen von Burnout anzugehen und ein gesünderes Arbeitsumfeld zu fördern, intensiviert werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 34
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. stellt ***fest, dass 2023 18*** Fälle von Burnout ***im Ausschuss*** gemeldet wurden (im Vergleich zu 16 Fällen im Jahr 2022); stellt ferner fest, dass es dem Ausschuss gelungen ist, im Jahr 2023 16 Bedienstete nach einer durch ***eine Burnout-Erkrankung*** bedingten langfristigen Abwesenheit wiedereinzugliedern, und zwar durch eine personalisierte Nachbetreuung nach langfristigem Krankenstand; begrüßt die vom Ausschuss ergriffenen Präventionsmaßnahmen zur Verringerung von psychosozialen Risiken und Burnout; würdigt in diesem Zusammenhang den ***proaktiven*** Ansatz des ***medizinischen*** Dienstes sowie die vom Ausschuss organisierten Sensibilisierungskonferenzen, Schulungen und Kurse;	23. stellt ***mit Besorgnis fest, dass 2023 im Ausschuss 18*** Fälle von Burnout gemeldet wurden (im Vergleich zu 16 Fällen im Jahr 2022); stellt ferner fest, dass es dem Ausschuss gelungen ist, im Jahr 2023 16 Bedienstete nach einer durch ***einen Burnout*** bedingten langfristigen Abwesenheit wiedereinzugliedern, und zwar durch eine personalisierte Nachbetreuung nach langfristigem Krankenstand; begrüßt die vom Ausschuss ergriffenen Präventionsmaßnahmen zur Verringerung von psychosozialen Risiken und Burnout; würdigt in diesem Zusammenhang den ***vorausschauenden*** Ansatz des ***Ärztlichen*** Dienstes sowie die vom Ausschuss organisierten Sensibilisierungskonferenzen, Schulungen und Kurse;

Or. en

Änderungsantrag 35
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag

Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 das Bewusstsein für die im Einklang mit seinem Beschluss vom 26. April 2021 über den Schutz der Würde am Arbeitsplatz, den Umgang mit Konflikten und die Bekämpfung von Belästigung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Belästigung am Arbeitsplatz weiter geschärft hat, insbesondere durch spezifische Leitlinien, interne Kommunikation und die Organisation mehrerer Informationsveranstaltungen für Bedienstete und Führungskräfte; begrüßt insbesondere die Organisation von fünf Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung und zu Respekt und Würde für ein leistungsfähiges Team im Jahr 2023;	24. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 das Bewusstsein für die im Einklang mit seinem Beschluss vom 26. April 2021 über den Schutz der Würde am Arbeitsplatz, den Umgang mit Konflikten und die Bekämpfung von Belästigung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Belästigung am Arbeitsplatz weiter geschärft hat, insbesondere durch spezifische Leitlinien, interne Kommunikation und die Organisation mehrerer Informationsveranstaltungen für Bedienstete und Führungskräfte; begrüßt insbesondere die Organisation von fünf Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung und zu Respekt und Würde für ein leistungsfähiges Team im Jahr 2023; ***stellt zudem mit Zufriedenheit fest, dass im Laufe des Jahres keine neuen, laufenden oder abgeschlossenen Fälle im Zusammenhang mit sexueller Belästigung gemeldet wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 36
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 das Bewusstsein für die im Einklang mit seinem Beschluss vom 26. April 2021 über den Schutz der Würde am Arbeitsplatz, den Umgang mit Konflikten und die Bekämpfung von Belästigung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Belästigung am Arbeitsplatz weiter geschärft hat,	24. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 das Bewusstsein für die im Einklang mit seinem Beschluss vom 26. April 2021 über den Schutz der Würde am Arbeitsplatz, den Umgang mit Konflikten und die Bekämpfung von Belästigung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Belästigung am Arbeitsplatz weiter

insbesondere durch spezifische Leitlinien, interne Kommunikation und die Organisation mehrerer Informationsveranstaltungen für Bedienstete und Führungskräfte; begrüßt insbesondere ***die Organisation von*** fünf Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung ***und*** zu Respekt und Würde ***für ein leistungsfähiges Team im Jahr 2023***;	geschärft hat, insbesondere durch spezifische Leitlinien, interne Kommunikation und die Organisation mehrerer Informationsveranstaltungen für Bedienstete und Führungskräfte; begrüßt insbesondere***, dass im Jahr 2023*** fünf Schulungen zur Prävention von Mobbing und sexueller Belästigung ***sowie*** zu Respekt und Würde ***in einem leistungsfähigen Team organisiert wurden, und empfiehlt die Fortsetzung dieser Initiative***;

Or. en

Änderungsantrag 37
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr ***2022*** Bedienstete sämtlicher Staatsangehörigkeiten der Union beschäftigt hat (und einen Bediensteten ukrainischer Staatsangehörigkeit), wobei einige von ihnen ***überrepresentiert*** waren (z. B. Belgien); begrüßt die zusätzlichen Bemühungen des Ausschusses, bei seinen Bediensteten eine ausgewogene geografische Streuung zu erreichen, indem er durch die Veröffentlichung von Aufforderungen zur Interessenbekundung für Vertragsbedienstete und Bedienstete auf Zeit auf seiner Website und in den sozialen Medien ein breiteres Publikum anspricht; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde über das Ergebnis von Maßnahmen dieser Art auf dem Laufenden zu halten;	26. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr ***2023*** Bedienstete sämtlicher Staatsangehörigkeiten der Union beschäftigt hat (und einen Bediensteten ukrainischer Staatsangehörigkeit), wobei einige von ihnen ***überrepräsentiert*** waren (z. B. Belgien); begrüßt die zusätzlichen Bemühungen des Ausschusses, bei seinen Bediensteten eine ausgewogene geografische Streuung zu erreichen, indem er durch die Veröffentlichung von Aufforderungen zur Interessenbekundung für Vertragsbedienstete und Bedienstete auf Zeit auf seiner Website und in den sozialen Medien ein breiteres Publikum anspricht***; bedauert, dass unter den Bediensteten des Ausschusses deren Herkunftsländer nach wie vor nicht ausgewogen vertreten sind, wobei bestimmte Staatsangehörigkeiten im Vergleich zu anderen nach wie vor überrepräsentiert sind; fordert den Ausschuss auf, seine Bemühungen um eine ausgewogenere Verteilung nach Herkunftsland insbesondere in der***

Verwaltung, zu intensivieren; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde über das Ergebnis von Maßnahmen dieser Art auf dem Laufenden zu halten;

Or. en

Änderungsantrag 38
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. begrüßt, dass das Praktikumsbüro des Ausschusses im April 2023 zum zweiten Mal in Folge an der Sitzung mit dem Titel „Chancen für junge Roma“ teilgenommen hat; begrüßt die Initiative, das Praktikumsprogramm des Ausschusses jungen und motivierten Roma-Teilnehmern und anderen Teilnehmern, die keine Roma sind, vorzustellen, worin ein starkes Engagement für die Förderung von Inklusivität, Vielfalt und Chancengleichheit zum Ausdruck kommt; spricht sich dafür aus, diese Initiativen fortzusetzen und auszuweiten, um unterrepräsentierte Gemeinschaften stärker einzubeziehen und auf eine Erwerbsbevölkerung in der EU hinzuwirken, die sich durch mehr Inklusion auszeichnet;

Or. en

Änderungsantrag 39
Caterina Chinnici

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

26a. begrüßt, dass bei der ausgewogenen Vertretung der Geschlechter in Führungspositionen Fortschritte erzielt wurden, wobei der Frauenanteil sowohl in Positionen der mittleren Führungsebene (von 29,7 % im Jahr 2022 auf 32,5 % im Jahr 2023) als auch in höheren Führungspositionen (von 37,5 % im Jahr 2022 auf 44,4 % im Jahr 2023) gestiegen ist;

Or. en

Änderungsantrag 40
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. bedauert, dass der Frauenanteil in der höheren und mittleren Führungsebene im Jahr 2023 nach wie vor niedrig war, obwohl in jenem Jahr eine neue Direktorin ernannt wurde und einige Bemühungen unternommen wurden, mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen; begrüßt jedoch, dass der Ausschuss die ausgewogene Vertretung der Geschlechter unter seinen Bediensteten und insbesondere in der höheren Führungsebene als wichtigen Faktor betrachtet, und fordert den Ausschuss auf, die Situation zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 41
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert den Ausschuss auf, jährlich eine Diversitätsprüfung durchzuführen und nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Beschäftigungskategorie aufgeschlüsselte Daten zu veröffentlichen; fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Vertretung der unterrepräsentierten Mitgliedstaaten unter den Bediensteten zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 42
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert den Ausschuss auf, aus seinen internen Regelungen und Verfahren Lehren und Schlussfolgerungen ziehen und dabei die jeweils im September 2023 überarbeitete Fassung der Geschäftsordnung und des Verhaltenskodex zu berücksichtigen; empfiehlt dem Ausschuss jedoch, weitere und strengere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zum umfassenden Schutz der finanziellen Interessen der EU zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 43
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert den Ausschuss auf, zu untersuchen, inwieweit der Regelungsrahmen des Europäischen Parlaments zur Verhinderung von Korruption und Betrug missraten ist, da Mitglieder des Europäischen Parlaments tatkräftig in einem mafiaähnlichen Korruptions- und Geldwäschenetz mitwirken konnten und dabei über Jahre hinweg unentdeckt blieben;

Or. en

Änderungsantrag 44
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. stellt fest, dass das ***OLAF im Jahr*** 2023 zwei Fälle bearbeitet hat: einen Fall zu mutmaßlichen entgeltlichen Nebentätigkeiten eines Ausschussmitglieds und einen anderen Fall zu Anschuldigungen von wiederholten Verstößen im Hinblick auf nicht genehmigte Nebentätigkeiten durch einen Bediensteten; stellt fest, dass im ersten Fall aufgrund der Unverhältnismäßigkeit zwischen den für ***das Durchführen*** einer Untersuchung erforderlichen Mittel und den erwarteten Ergebnissen keine OLAF-Untersuchung eingeleitet wurde, während der Ausschuss der Ansicht war, dass keine Interessenkonflikte vorlagen, da Ausschussmitglieder keine Entlohnung von der Union erhalten und nicht verpflichtet sind, ihre beruflichen Tätigkeiten zu melden, für die sie für lokale oder regionale Mandate, die diese Mitglieder haben können, bezahlt werden können; stellt in Bezug auf letzteren Fall fest, dass das OLAF eine Untersuchung eingeleitet hat, die mit zwei Empfehlungen	28. stellt fest, dass das ***Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)*** 2023 zwei Fälle bearbeitet hat: einen Fall zu mutmaßlichen entgeltlichen Nebentätigkeiten eines Ausschussmitglieds und einen anderen Fall zu Anschuldigungen von wiederholten Verstößen im Hinblick auf nicht genehmigte Nebentätigkeiten durch einen Bediensteten; stellt fest, dass im ersten Fall aufgrund der Unverhältnismäßigkeit zwischen den für ***die Durchführung*** einer Untersuchung erforderlichen Mittel und den erwarteten Ergebnissen keine OLAF-Untersuchung eingeleitet wurde, während der Ausschuss der Ansicht war, dass keine Interessenkonflikte vorlagen, da Ausschussmitglieder keine Entlohnung von der Union erhalten und nicht verpflichtet sind, ihre beruflichen Tätigkeiten zu melden, für die sie für lokale oder regionale Mandate, die diese Mitglieder haben können, bezahlt werden können; stellt in Bezug auf letzteren Fall fest, dass das OLAF eine Untersuchung eingeleitet

abgeschlossen wurde, die vom Ausschuss durch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den betreffenden Bediensteten und das Einziehen der Gewinne in Verbindung mit den nicht genehmigten Nebentätigkeiten dieser Person umgesetzt wurden; weist erneut darauf hin, dass der im Jahr 2022 abgeschlossene Fall zu Vorwürfen des finanziellen Fehlverhaltens, der Belästigung und der Misswirtschaft in einem gemeinsamen Dienst des ***Ausschusses*** und des EWSA zu einem Verfahren des Konfliktmanagements geführt hat, an dem die betroffenen Personen teilnahmen und das einen fünf Punkte umfassenden Aktionsplan hervorgebracht hat; stellt im Anschlussbericht des Ausschusses zum Entlastungsbeschluss des Parlaments in Bezug auf die Ausführung des Haushaltsplans des Ausschusses für das Jahr 2022 mit Zufriedenheit fest, dass dieser Aktionsplan bis Ende 2023 vollständig umgesetzt wurde;

hat, die mit zwei Empfehlungen abgeschlossen wurde, die vom Ausschuss durch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den betreffenden Bediensteten und das Einziehen der Gewinne in Verbindung mit den nicht genehmigten Nebentätigkeiten dieser Person umgesetzt wurden; weist erneut darauf hin, dass der im Jahr 2022 abgeschlossene Fall zu Vorwürfen des finanziellen Fehlverhaltens, der Belästigung und der Misswirtschaft in einem gemeinsamen Dienst des ***AdR*** und des EWSA zu einem Verfahren des Konfliktmanagements geführt hat, an dem die betroffenen Personen teilnahmen und das einen fünf Punkte umfassenden Aktionsplan hervorgebracht hat; stellt im Anschlussbericht des Ausschusses zum Entlastungsbeschluss des Parlaments in Bezug auf die Ausführung des Haushaltsplans des Ausschusses für das Jahr 2022 mit Zufriedenheit fest, dass dieser Aktionsplan bis Ende 2023 vollständig umgesetzt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 45
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, die Aufdeckung von Interessenkonflikten zu verbessern und zudem Interessenkonflikten besser vorzubeugen, indem eine obligatorische Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder eingeführt wird, bevor sie Lobby- oder Beratungstätigkeiten in den EU-Organen aufnehmen dürfen; fordert, dass alle Beschlüsse über Ablehnungen, die AdR-Mitglieder wegen Interessenkonflikten

	fassen, unaufgefordert veröffentlicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 46
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. stellt fest, dass im Ausschuss im Jahr 2023 – mit Ausnahme von Informationen, die vom OLAF über einen Fall mutmaßlicher Missstände gegen einen Bediensteten des Ausschusses übermittelt wurden, der aber letztlich vom OLAF eingestellt wurde – keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 keine neuen Maßnahmen in Bezug auf die Meldung von Missständen ergriffen hat und sich ***weiterhin*** auf die seit 2015 geltenden Maßnahmen ***gestützt*** und diese ***durch*** Ethikschulungen ***gefördert hat***;	31. stellt fest, dass im Ausschuss im Jahr 2023 – mit Ausnahme von Informationen, die vom OLAF über einen Fall mutmaßlicher Missstände gegen einen Bediensteten des Ausschusses übermittelt wurden, der aber letztlich vom OLAF eingestellt wurde – keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 keine neuen Maßnahmen in Bezug auf die Meldung von Missständen ergriffen hat und sich ***weiter*** auf die seit 2015 geltenden Maßnahmen ***stützt*** und diese ***Maßnahmen im Rahmen von Ethikschulungen voranbringt; befürwortet regelmäßige obligatorische*** Ethikschulungen ***sowohl für die Bediensteten als auch für die Führungskräfte***;

Or. en

Änderungsantrag 47
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. stellt fest, dass im Ausschuss im Jahr 2023 – mit Ausnahme von Informationen, die vom OLAF über einen	31. stellt fest, dass im Ausschuss im Jahr 2023 – mit Ausnahme von Informationen, die vom OLAF über einen

Fall mutmaßlicher Missstände gegen einen Bediensteten des Ausschusses übermittelt wurden, der aber letztlich vom OLAF eingestellt wurde – keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 keine neuen Maßnahmen in Bezug auf die Meldung von Missständen ergriffen hat und sich ***weiterhin*** auf die seit 2015 geltenden Maßnahmen ***gestützt*** und diese durch Ethikschulungen ***gefördert hat***;	Fall mutmaßlicher Missstände gegen einen Bediensteten des Ausschusses übermittelt wurden, der aber letztlich vom OLAF eingestellt wurde – keine Fälle mutmaßlicher Missstände gemeldet wurden; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 keine neuen Maßnahmen in Bezug auf die Meldung von Missständen ergriffen hat und sich ***weiter*** auf die seit 2015 geltenden Maßnahmen ***stützt*** und diese ***Maßnahmen*** durch Ethikschulungen ***und Sensibilisierung voranbringt***;

Or. en

Änderungsantrag 48
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und sein Personal gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden; ***nimmt aus*** dem Fragebogen mit Zufriedenheit ***das Engagement des Ausschusses zur Kenntnis,*** die bestehenden ***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung*** durch die Annahme einer ***Strategie*** zur Betrugsbekämpfung im ***Jahr 2025 weiter zu stärken***; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;	32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und sein Personal gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden; ***entnimmt*** dem Fragebogen mit Zufriedenheit***, dass der Ausschuss zugesagt hat, im Jahr 2025*** die bestehenden ***Betrugsbekämpfungsmaßnahmen*** durch die Annahme einer ***Betrugsbekämpfungsstrategie weiter zu stärken; fordert den Ausschuss auf, regelmäßige und obligatorische Schulungen*** zur Betrugsbekämpfung im ***Rahmen der Strategie anzubieten***; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 49

Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und ***sein Personal*** gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden***; nimmt aus*** dem Fragebogen mit Zufriedenheit ***das Engagement des Ausschusses zur Kenntnis, die bestehenden Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung*** durch die Annahme einer ***Strategie zur Betrugsbekämpfung im Jahr 2025*** weiter zu stärken; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;	32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und ***seine Bediensteten*** gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden***, 2023 aber immer noch keine Betrugsbekämpfungsstrategie in Kraft war, obwohl das Europäische Parlament deren Einführung gefordert hatte; entnimmt*** dem Fragebogen mit Zufriedenheit***, dass der Ausschuss zugesagt hat, im Jahr 2025 die bestehenden Betrugsbekämpfungsmaßnahmen*** durch die Annahme einer ***Betrugsbekämpfungsstrategie*** weiter zu stärken; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 50
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und sein Personal gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden; nimmt ***aus dem Fragebogen mit Zufriedenheit das Engagement des Ausschusses zur Kenntnis, die bestehenden Maßnahmen***	32. stellt fest, dass der Ausschuss mehrere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hatte sowie Maßnahmen, die für seine Mitglieder und sein Personal gelten und durch verschiedene Dienststellen umgesetzt werden; nimmt ***mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass der Ausschuss im Anschluss an die Empfehlung des Europäischen***

zur Betrugsbekämpfung durch die Annahme einer Strategie zur Betrugsbekämpfung im Jahr 2025 weiter zu stärken; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;	***Parlaments in seiner Antwort auf den Fragebogen zugesagt hat,*** im Jahr 2025 ***die bestehenden Betrugsbekämpfungsmaßnahmen durch die Annahme einer Betrugsbekämpfungsstrategie*** weiter zu stärken; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;
	Or. en

Änderungsantrag 51
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. begrüßt die neue Digitalstrategie 2024-2026 des Ausschusses; fordert den Ausschuss auf, die Bemühungen um den digitalen Wandel zu beschleunigen, indem er dafür sorgt, dass elektronische Arbeitsabläufe, elektronische Signaturen und digitale Fallbearbeitungsinstrumente bis 2026 vollständig eingeführt sind, wodurch nach Maßgabe der Nachhaltigkeitsverpflichtungen papiergestützte Abläufe verringert werden und auf eine papierfreie Verwaltung umgestellt wird;
	Or. en

Änderungsantrag 52
Michal Wiezik, Olivier Chastel, Vlad Vasile-Voiculescu, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. stellt mit Zufriedenheit fest, dass 90	35. stellt mit Zufriedenheit fest, dass 90

% der Projekte zur Vereinfachung durch Digitalisierung im Rahmen der Initiative „Going for IMPact“ bis Ende 2023 vollständig umgesetzt waren; stellt zudem fest, dass weitere Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung durch ein IT-Projekt zur Definition des besten Werkzeugs für die elektronische Verwaltung von ***Formular-basierten*** Arbeitsabläufen genutzt wurden, sodass bereits viele der Verfahren des Ausschusses ***durch*** Microsoft ***365-Werkzeuge*** vereinfacht und digitalisiert wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss Module für die Vergabe öffentlicher Aufträge verwendet, wie z. B. e-Tendering, e-Notices, e-Submission, MyWorkplace sowie die 2023 eingeführte qualifizierte elektronische Signatur für die Unterzeichnung von Verträgen; begrüßt ***die Annahme von internen*** Leitlinien ***zur Verwendung von*** künstlicher Intelligenz ***durch den Ausschuss, durch die*** die Grundlage für mögliche künftige Lösungen ***gelegt*** wird;

% der Projekte zur Vereinfachung durch Digitalisierung im Rahmen der Initiative „Going for IMPact“ bis Ende 2023 vollständig umgesetzt waren; stellt zudem fest, dass weitere Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung durch ein IT-Projekt zur Definition des besten Werkzeugs für die elektronische Verwaltung von ***formulargestützten*** Arbeitsabläufen genutzt wurden, sodass bereits viele der Verfahren des Ausschusses ***mit*** Microsoft***-365-Werkzeugen*** vereinfacht und digitalisiert wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss Module für die Vergabe öffentlicher Aufträge verwendet, wie z. B. e-Tendering, e-Notices, e-Submission, MyWorkplace sowie die 2023 eingeführte qualifizierte elektronische Signatur für die Unterzeichnung von Verträgen; begrüßt***, dass der Ausschuss interne*** Leitlinien ***für den Einsatz*** künstlicher Intelligenz ***angenommen hat, wodurch*** die Grundlage für mögliche künftige Lösungen ***geschaffen*** wird; ***fordert die Einführung regelmäßiger verpflichtender Schulungen zum unbedenklichen Einsatz künstlicher Intelligenz;***

Or. en

Änderungsantrag 53
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 mit Ausnahme bestimmter Angriffe in Form der gezielten Überlastung („Denial of service“) gegen die extern gehostete Website des Ausschusses nicht von Cyberangriffen betroffen war; nimmt im Fragebogen die Werkzeuge und Strategien des Ausschusses für die Echtzeit-Überwachung von Bedrohungen	37. stellt fest, dass der Ausschuss im Jahr 2023 mit Ausnahme bestimmter Angriffe in Form der gezielten Überlastung („Denial of service“) gegen die extern gehostete Website des Ausschusses nicht von Cyberangriffen betroffen war; nimmt im Fragebogen die Werkzeuge und Strategien des Ausschusses für die Echtzeit-Überwachung von Bedrohungen

und die Ermittlung von Schwachstellen in den Systemen des Ausschusses zur Kenntnis; lobt den Ausschuss für die Einhaltung von Standards in Bezug auf die Risikobewertung im Zusammenhang mit der Cybersicherheit sowie dafür, dass er ein System auf Grundlage von Plänen zur Reaktion auf Vorfälle, von Wiederherstellungsmaßnahmen und Erfahrungswerten eingerichtet hat; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der ***Ausschuss*** und der EWSA im Jahr 2023 den NIST-Rahmen für Cybersicherheit angenommen haben, mit einem Schwerpunkt auf den Grundsätzen „schützen“ und „aufdecken“;	und die Ermittlung von Schwachstellen in den Systemen des Ausschusses zur Kenntnis; lobt den Ausschuss für die Einhaltung von Standards in Bezug auf die Risikobewertung im Zusammenhang mit der Cybersicherheit sowie dafür, dass er ein System auf Grundlage von Plänen zur Reaktion auf Vorfälle, von Wiederherstellungsmaßnahmen und Erfahrungswerten eingerichtet hat; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der ***AdR*** und der EWSA im Jahr 2023 den NIST-Rahmen für Cybersicherheit angenommen haben, mit einem Schwerpunkt auf den Grundsätzen „schützen“ und „aufdecken“; ***fordert den Ausschuss auf, das Cybersicherheitsbewusstsein seiner Mitglieder und Bediensteten zu schärfen, regelmäßige Risikobewertungen seiner IT-Infrastruktur durchzuführen und für regelmäßige Prüfungen und Tests seiner Cyberabwehr zu sorgen;***

Or. en

Änderungsantrag 54
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. fordert den Ausschuss auf, auf der Grundlage seiner eigenen institutionellen Erfahrungen und Erkenntnisse aus Fällen in der Vergangenheit dem Europäischen Parlament und seinem Haushaltskontrollausschuss Empfehlungen für neue Möglichkeiten zur Bekämpfung von Fehlverhalten und missbräuchlicher Verwendung von EU-Mitteln zu übermitteln und bewährte Verfahren untereinander auszutauschen, da die finanziellen Interessen der Europäischen Union im Europäischen Parlament nachweislich nicht hinreichend geschützt wurden; ist der

Ansicht, dass dies an dem Strafverfahren und den Ermittlungen deutlich geworden ist; vertritt die Auffassung, dass das Europäische Parlament diesbezüglich einen Nutzen aus einer neuen Perspektive sowie aus Beiträgen des Ausschusses ziehen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 55
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. begrüßt ***die*** Einsparungen bei den Haushalts- und Verwaltungskosten***, die durch interinstitutionelle Zusammenarbeit*** erzielt werden konnten, ***und*** insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene mit dem EWSA, mit dem der Ausschuss Räumlichkeiten und gemeinsame Dienste in den Bereichen Übersetzung, Infrastruktur, Logistik und IT teilt, wobei 470 Bedienstete und ungefähr 60 Mio. EUR (mit Ausnahme von Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstbezügen) im Jahr 2023 vom Ausschuss und vom EWSA gemeinsam verwaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss seine Zusammenarbeit mit dem EWSA ***durch die Erkundung weiterer Synergieeffekte*** durch ***gemeinsame medizinische Dienste*** und gemeinsame zentrale Datenschutzregister und Verarbeitungstätigkeiten auf Grundlage der ***durch den Ausschuss und den*** EWSA im Jahr 2023 unterzeichneten Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit ***weiter ausgebaut hat;***	43. begrüßt***, dass durch interinstitutionelle Zusammenarbeit*** Einsparungen bei den Haushalts- und Verwaltungskosten erzielt werden konnten, insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene mit dem EWSA, mit dem der Ausschuss Räumlichkeiten und gemeinsame Dienste in den Bereichen Übersetzung, Infrastruktur, Logistik und IT teilt, wobei 470 Bedienstete und ungefähr 60 Mio. EUR (mit Ausnahme von Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstbezügen) im Jahr 2023 vom Ausschuss und vom EWSA gemeinsam verwaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss seine Zusammenarbeit mit dem EWSA ***weiter ausgebaut hat, indem er*** durch ***den gemeinsamen Ärztlichen Dienst*** und gemeinsame zentrale Datenschutzregister und Verarbeitungstätigkeiten auf ***der*** Grundlage der ***vom AdR und dem*** EWSA im Jahr 2023 unterzeichneten Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit ***weitere Synergieeffekte genutzt hat; bekräftigt seine Forderung an den Ausschuss, diese Zusammenarbeit fortzusetzen und auf andere Bereiche auszuweiten, damit keine Doppelarbeit***

geleistet wird und die Betriebskosten der in den vom AdR und vom EWSA gemeinsam genutzten Räumlichkeiten verfügbaren Dienste weiter rationalisiert werden; fordert den AdR und den EWSA auf, zu prüfen, ob eine einzige Verwaltung für ihre gemeinsamen Dienste eingerichtet werden kann, wobei die für Angelegenheiten im Zusammenhang mit den jeweiligen spezifischen und unabhängigen Mandaten des AdR und des EWSA zuständigen Direktionen und Referate getrennt bleiben sollten;

Or. en

Änderungsantrag 56
Caterina Chinnici

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. begrüßt ***die*** Einsparungen bei den Haushalts- und Verwaltungskosten***, die durch interinstitutionelle Zusammenarbeit*** erzielt werden konnten, ***und*** insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene mit dem EWSA, mit dem der Ausschuss Räumlichkeiten und gemeinsame Dienste in den Bereichen Übersetzung, Infrastruktur, Logistik und IT teilt, wobei 470 Bedienstete und ungefähr 60 Mio. EUR (mit Ausnahme von Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstbezügen) im Jahr 2023 vom Ausschuss und vom EWSA gemeinsam verwaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss seine Zusammenarbeit mit dem EWSA ***durch die Erkundung weiterer Synergieeffekte*** durch ***gemeinsame medizinische Dienste*** und gemeinsame zentrale Datenschutzregister und Verarbeitungstätigkeiten auf Grundlage der ***durch den Ausschuss und den*** EWSA im	43. begrüßt***, dass durch interinstitutionelle Zusammenarbeit*** Einsparungen bei den Haushalts- und Verwaltungskosten erzielt werden konnten, insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene mit dem EWSA, mit dem der Ausschuss Räumlichkeiten und gemeinsame Dienste in den Bereichen Übersetzung, Infrastruktur, Logistik und IT teilt, wobei 470 Bedienstete und ungefähr 60 Mio. EUR (mit Ausnahme von Ausgaben im Zusammenhang mit Dienstbezügen) im Jahr 2023 vom Ausschuss und vom EWSA gemeinsam verwaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Ausschuss seine Zusammenarbeit mit dem EWSA ***weiter ausgebaut hat, indem er*** durch ***den gemeinsamen Ärztlichen Dienst*** und gemeinsame zentrale Datenschutzregister und Verarbeitungstätigkeiten auf ***der*** Grundlage der ***vom AdR und dem*** EWSA

Jahr 2023 unterzeichneten Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit ***weiter ausgebaut hat;***	im Jahr 2023 unterzeichneten Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit ***weitere Synergieeffekte genutzt hat; fordert den AdR und den EWSA auf, ihre Bemühungen um die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und die stärkere Nutzung von Synergieeffekten fortzusetzen;***

Or. en

Änderungsantrag 57
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. fordert den Ausschuss auf, seine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und der Kommission zu vertiefen, indem er einen strukturierten jährlichen Dialog zwischen Vertretern des Ausschusses und den EU-Gesetzgebern über wichtige Gesetzgebungsdossiers einrichtet, die sich auf die regionale Entwicklung, die Klimapolitik und den sozialen Zusammenhalt auswirken; fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, gemeinsame Initiativen mit den Ausschüssen REGI und ENVI des Europäischen Parlaments zu prüfen, um nachhaltige regionale Investitionen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 58
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45a. begrüßt, dass die Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und dem Europäischen Parlament im Jahr 2023 vor ihrer endgültigen Unterzeichnung im Jahr 2024 überprüft wurde; unterstützt die Zusammenarbeit des Ausschusses mit mehreren parlamentarischen Ausschüssen, interfraktionellen Arbeitsgruppen und Generaldirektionen des Parlaments und hält es für unerlässlich, dass die Mitglieder des AdR und des EWSA regelmäßig und systematisch zu einschlägigen Formaten des parlamentarischen Austausches wie Ausschusssitzungen eingeladen werden, wenn dort Themen behandelt werden, mit denen auch sie sich befassen;

Or. en

Änderungsantrag 59
Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. stellt fest, dass der Schwerpunkt der Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses auf der Beziehung zur Presse, der Organisation von Veranstaltungen, digitalen Inhalten und sozialen Medien liegt, mit ***einem Gesamthaushalt*** (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) von ungefähr 2,8 Mio. EUR im Jahr 2023; bedauert ***die niedrige*** Ausführungsquote der Zahlungen in diesen Bereichen (zwischen 24,70 % und 48,20 %); nimmt jedoch ***die hohe*** Ausführungsquote im Hinblick auf C8-Mittel (übertragen von 2022 auf 2023) ***in Höhe von*** zwischen 98 % und 100 % ***zur Kenntnis***; fordert den Ausschuss auf, Maßnahmen zur Verbesserung seiner Haushaltsplanung im	46. stellt fest, dass der Schwerpunkt der Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses auf der Beziehung zur Presse, der Organisation von Veranstaltungen, digitalen Inhalten und sozialen Medien liegt, mit ***einer sehr hohen Gesamtmittelausstattung*** (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) von ungefähr 2,8 Mio. EUR im Jahr 2023; bedauert***, dass die*** Ausführungsquote der Zahlungen in diesen Bereichen ***sehr niedrig war*** (zwischen 24,70 % und 48,20 %); nimmt jedoch ***zur Kenntnis, dass die*** Ausführungsquote im Hinblick auf C8-Mittel (übertragen von 2022 auf 2023) ***mit Prozentwerten*** zwischen 98 % und 100 % ***hoch war***; fordert den Ausschuss auf,

Hinblick auf kommunikationsbezogene Haushaltsposten zu ergreifen;	Maßnahmen zur Verbesserung seiner Haushaltsplanung im Hinblick auf kommunikationsbezogene Haushaltsposten zu ergreifen;

Or. fr

Änderungsantrag 60
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. stellt fest, dass der Schwerpunkt der Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses auf der Beziehung zur Presse, der Organisation von Veranstaltungen, digitalen Inhalten und sozialen Medien liegt, mit einem Gesamthaushalt (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) von ungefähr 2,8 Mio. EUR im Jahr 2023; bedauert die ***niedrige*** Ausführungsquote der Zahlungen in diesen Bereichen (zwischen 24,70 % und 48,20 %); nimmt jedoch ***die hohe*** Ausführungsquote im Hinblick auf C8-Mittel (übertragen von 2022 auf 2023) ***in Höhe von*** zwischen 98 % und 100 % ***zur Kenntnis***; fordert den Ausschuss auf, Maßnahmen zur Verbesserung seiner Haushaltsplanung im Hinblick auf kommunikationsbezogene Haushaltsposten zu ergreifen;	46. stellt fest, dass der Schwerpunkt der Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses auf der Beziehung zur Presse, der Organisation von Veranstaltungen, digitalen Inhalten und sozialen Medien liegt, mit einem Gesamthaushalt (Mittel des laufenden Haushaltsjahres) von ungefähr 2,8 Mio. EUR im Jahr 2023; bedauert***, dass*** die Ausführungsquote der Zahlungen in diesen Bereichen (zwischen 24,70 % und 48,20 %) ***niedrig war***; nimmt jedoch ***zur Kenntnis, dass die*** Ausführungsquote im Hinblick auf C8-Mittel (übertragen von 2022 auf 2023) ***mit Prozentwerten*** zwischen 98 % und 100 % ***hoch war***; fordert den Ausschuss auf, Maßnahmen zur Verbesserung seiner Haushaltsplanung im Hinblick auf kommunikationsbezogene Haushaltsposten zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 61
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

46a. fordert den Ausschuss auf, davon abzusehen, die Geschlechter- und Wokenessideologie zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen, und stattdessen den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 62
Csaba Molnár, Claudiu Manda

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Zufriedenheit die Erfolge des Ausschusses bei der Förderung der Strategien und Programme der Union auf lokaler und regionaler Ebene zur Kenntnis, wodurch die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf seine beratenden Tätigkeiten sowie seine ***Sichtbarkeit und Wirkung verbessert wird***; nimmt in diesem Zusammenhang die Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses im Jahr 2023 unter anderem in folgenden Bereichen zur Kenntnis: – Kohäsion (z. B. die Kampagne „den Zusammenhalt als Grundwert der EU stärken“ im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte mit mehr als 8 000 Teilnehmenden); – Klimawandel (z. B. die Kampagne „Resiliente und innovative lokale Gemeinschaften schaffen“); – Demokratie (z. B. die Kampagne „Ein neues Kapitel für die Demokratie in der EU“ mit 1 400 Registrierungen für die Teilnahme an der 14. EuroPCom (Europäische Konferenz zur öffentlichen Kommunikation); – Entwicklung des ländlichen Raums (die	47. nimmt mit Zufriedenheit die Erfolge des Ausschusses bei der Förderung der Strategien und Programme der Union auf lokaler und regionaler Ebene zur Kenntnis, wodurch die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf seine beratenden Tätigkeiten sowie seine ***Außenwirkung verbessert und sein Einfluss gemehrt werden; stellt fest, dass der Ausschuss mit seiner Kommunikationsstrategie anstrebt, sein institutionelles und politisches Profil als Stimme der Regionen, Städte, Dörfer und Gemeinden der Union zu stärken und gleichzeitig zum einen die wesentlichen Beiträge seiner Mitglieder aufzuzeigen, mit denen er den Bürgerinnen und Bürgern die Union nahebringt, und zum anderen das Engagement auf lokaler und regionaler Ebene voranzubringen***; nimmt in diesem Zusammenhang die Kommunikationstätigkeiten des Ausschusses im Jahr 2023 unter anderem in folgenden Bereichen zur Kenntnis: – Kohäsion (z. B. die Kampagne „den Zusammenhalt als Grundwert der EU

Konferenz „***2023*** Europäischer LEADER-Kongress“) im Jahr 2023; ***lobt den*** Ausschuss ***für die Zunahme der Anzahl an*** Personen***, die*** im Europäischen Netz der Regional- und Gemeinderäte registriert ***sind (***von 2 307 im Jahr 2022 auf 3 000 im Jahr 2023) und ***der Anzahl der Teilnehmer*** am Programm für junge Mandatsträger (von 775 im Jahr 2022 auf 836 im Jahr 2023);

stärken“ im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte mit mehr als 8 000 Teilnehmenden); – Klimawandel (z. B. die Kampagne „Resiliente und innovative lokale Gemeinschaften schaffen“); – Demokratie (z. B. die Kampagne „Ein neues Kapitel für die Demokratie in der EU“ mit 1 400 Registrierungen für die Teilnahme an der 14.EuroPCom (Europäische Konferenz zur öffentlichen Kommunikation); – Entwicklung des ländlichen Raums (die Konferenz „Europäischer LEADER-Kongress ***2023***“) im Jahr 2023; ***zollt dem*** Ausschuss ***Anerkennung dafür, dass sich mehr*** Personen im Europäischen Netz der Regional- und Gemeinderäte registriert ***haben (ein Anstieg*** von 2 307 im Jahr 2022 auf 3 000 im Jahr 2023) und ***mehr Personen*** am Programm für junge Mandatsträger ***teilgenommen haben*** (***ein Anstieg*** von 775 im Jahr 2022 auf 836 im Jahr 2023);

Or. en

Änderungsantrag 63
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. begrüßt, dass der Ausschuss anstrebt, die Kontakte zu regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu intensivieren, auch durch den Ausbau des Netzes von EU-Beauftragten auf regionaler und kommunaler Ebene und die Ausweitung des Programms für junge Mandatsträger; fordert den Ausschuss auf, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um regionale Programme zum Kapazitätsaufbau zu unterstützen, mit denen die lokalen Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, die EU-

Politik besser umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 64
Virginie Joron, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. nimmt ***den Erfolg des Ausschusses*** in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit in den Medien ***zur Kenntnis, wie es durch die*** allgemeinen ***Kennwerte*** für 2023 ***dargestellt wird***, ***wie z. B.:*** 13 210 Erwähnungen in den Medien, Zunahme der Besucher der Website ***von 129 % und*** Zunahme der Follower ***von*** 11 %; stellt fest, dass der Ausschuss im Hinblick auf das digitale Engagement ***sein Ziel*** für 2023 nicht erreicht hat; stellt fest, dass der Ausschuss Ende ***2023 200 000 Follower seiner Social-Media-Kanäle zählte***, was gegenüber 2022 einer Zunahme um 15 % entspricht, davon 57 603 Follower auf X (ehemals Twitter) (+5 %), 61 170 Follower auf Facebook (+5 %), 68 613 Follower auf LinkedIn (+31 %) und 15 392 Follower auf Instagram (+47 %);	48. nimmt ***zur Kenntnis, dass der Ausschuss*** in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit in den Medien ***mehr oder minder gescheitert ist, was an den*** allgemeinen ***Kennzahlen*** für 2023 ***erkennbar ist***, ***z. B. den*** 13 210 Erwähnungen in den Medien, ***der*** Zunahme der Besucher der Website ***um 129 % und der*** Zunahme der Follower ***um*** 11 %; stellt fest, dass der Ausschuss im Hinblick auf das digitale Engagement ***seine Zielvorgabe*** für 2023 nicht erreicht hat; stellt fest, dass der Ausschuss Ende ***2023 auf seinen Kanälen in den sozialen Medien 200 000 Follower hatte***, was gegenüber 2022 einer Zunahme um 15 % entspricht, davon 57 603 Follower auf X (ehemals Twitter) (+5 %), 61 170 Follower auf Facebook (+5 %), 68 613 Follower auf LinkedIn (+31 %) und 15 392 Follower auf Instagram (+47 %);

Or. fr

Änderungsantrag 65
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. regt an, dass die beratende Einrichtung zu einem selbsttragenden

Finanzierungsmodell auf der Grundlage von Abonnementgebühren übergeht, um die finanzielle Tragfähigkeit und Unabhängigkeit des Ausschusses zu verbessern; ist der Ansicht, dass diese Gebühren bei einer Reihe von Interessenträgern erhoben werden sollten, etwa bei lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (d. h. Regionen, Komitaten, Kreisen, Gemeinden und Städten) und anderen Akteuren, die an der Arbeit des Ausschusses mitwirken; vertritt die Auffassung, dass eine Struktur mit gestaffelten Gebühren eingeführt werden sollte und dabei die Gebührensätze je nach Umfang und Stufe des Engagements der abonnierenden Gebietskörperschaft festgelegt werden sollten; ist der Ansicht, dass mit den erzielten Einnahmen ausschließlich die Betriebskosten gedeckt werden sollten und dass durch die jährlichen Finanzberichte für Transparenz bei der Mittelverwendung gesorgt werden sollte; vertritt die Auffassung, dass sich die Abhängigkeit vom Gesamthaushaltsplan der EU schrittweise verringern dürfte, wenn das Modell schrittweise eingeführt wird, wobei angestrebt wird, sich bis 2028 vollständig selbst zu finanzieren;

Or. en